FREITAG, 26. APRIL 2013
DIEPRESSE.COM
Die Presse

Leise Entsolidarisierung zwischen Stadt und Land

Gastkommentar. „Geht keiner zum Wirt, dann geht er ein!“ – das Sprichwort trifft den Kern der heutigen Probleme von peripheren ländlichen Räumen vor allem in Fragen der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur. Aber Raumentwicklung – das sind wir alle.

VON MARTIN HEINTEL

Explodierende Kosten, demografischer Wandel und Schließungen von Infrastruktureinrichtungen sind nur einige Schlagworte, die den politischen Diskurs bestimmen, wenn es um Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen geht. Ländliche Räume spielen unter dem Aspekt der Wettbewerbsziele der EU eine untergeordnete Rolle, wenngleich sie bisher mehr als Städte von Agrar- und Regionalförderungen – dem größten Anteil des EU-Budgets – monetär profitieren konnten. Ob diese Verteilungsproportionalität auch längerfristig diese Form haben wird, ist offen.

Blicken wir einmal näher auf ländliche periphere Regionen in Österreich und beginnen bei den Gemeindefinanzen: Jahrzehntelang wurde in vielen Gemeinden eine örtliche Raumplanungspolitik betrieben, bei der innere Verdichtung ein Fremdwort war. Die Folgen für heute liegen auf der Hand und finden ihren Ausdruck in enormen Erschließungskosten für Kanalbau und der Erhaltung des Wegenetzes.

Stetig steigende Kosten

Geht es um Flächenwidmung, sind Bürgermeister zudem vielfach in der Klemme zwischen ortsinternen Interessen und gesetzlichen Vorgaben. Eine Entlastung dieser Entscheidungsebene wäre schon längst angebracht – nicht zuletzt aufgrund der immer komplexer werdenden Rechtsmaterie im Hintergrund, die Nichtjuristen manchmal verzweifeln lässt.

Die Diskussion um Gemeindezusammenlegungen und Verbandsneugründungen der letzten Zeit fußt auch nicht auf einem neuen österreichischen Kooperationswillen, sondern ist durch die stetig steigenden Kosten motiviert.

Unabhängig davon, dass – im Sinne eines Transfers von Sozialleistungen – bestimmte Inhalte im Rahmen der Diskussion um den Finanzausgleich neu verhandelbar sein müssen, stellt sich die Frage, ob neue Formen der Steuerung und Kooperation nicht ebenso Platz greifen könnten, als ständig nach mehr Geld zu rufen.

Kommen wir zur häufig sehr emotional geführten Diskussion um öffentliche Infrastruktur zwischen Bezirksgerichten und dem Einzelhandel. Nicht nur, dass in Wien ebenso ständig Postfilialen aufgelassen, verlegt oder von Postpartnern übernommen werden, stellt sich gerade auch an diesem Beispiel die Frage nach dem persönlichen Nutzen. Viele klassische Dienste der Post werden heute in anderer Form bzw. von anderen Anbietern wahrgenommen.

Das Bankwesen hat sich durch das Onlinebanking massiv verändert, ebenso wie Routineverfahren einer Bezirkshauptmannschaft. Auch Verwaltung vor Ort ist nicht zwangsläufig ein Wettbewerbsfaktor, statistisch gesehen geht jede Person alle eineinhalb Jahre einmal auf eine Bezirkshauptmannschaft. Die Absiedlung von Bezirksgerichten wird daher auch nicht zum Niedergang einer Region führen.

Einkaufen auf der grünen Wiese

Interessanter ist das Thema Einzelhandel, sind doch wir selbst für unser eigenes Konsumverhalten und die darauf abgestimmte Mobilität verantwortlich. Der Leerstand in der Hauptstraße hat sehr viel mit dem Einkaufsverhalten auf der grünen Wiese zu tun. Die Nahversorgung wird mit Auto im Kreisverkehr erledigt, nicht beim Greißler ums Eck, so es diesen noch gibt.

Zwei Entwicklungspfade

Die Raumplanung hat dazu ihren Beitrag geleistet, großflächige Einkaufszentren wachsen immer noch aus dem Boden, obwohl – wie zum Beispiel beim G3 Shopping Ressort in Gerasdorf bei Wien – bereits am Eröffnungstag vor dem Niedergang des Einzelhandels im Weinviertel gewarnt wurde.

Das Problem ist somit bekannt, aber auch selbst gemacht. Die Staumeldungen im Radio am Eröffnungstag waren Beiwerk und führen zum nächsten Thema, der Mobilität. Beispiele aus Tirol zeigen, dass regelmäßige Verbindungen des öffentlichen Personennahverkehrs und entsprechende Takte zur Annahme öffentlicher Verkehrsmittel führen. Gibt es weder noch, sind die Busse leer beziehungsweise bereits Geschichte.

Ländliche Räume werden in Hochglanzbroschüren zwar da und dort idealisiert, nicht zuletzt durch einen zunehmenden Brain-Drain findet jedoch eine Entsolidarisierung zwischen Stadt und Land auf leisen Sohlen statt. Finanzielle Anreizsysteme wie eine Pendlerpauschale zur Mobilitätsförderung zwischen Stadt und Land allein können dem auch nicht wirklich entgegenwirken.

Zwei Entwicklungspfade sind für Österreichs periphere Räume verstärkt diskussionswürdig. Zum einen bedarf es eines neuen politischen Umgangs mit den Wörtern Schrumpfung und Rückbau; zum anderen bedarf es neuer innovativer Angebote für die aus den peripheren Räumen Abgewanderten. Schrumpfung und Rückbau sind gegenwärtig noch ein Tabu im politischen Wortschatz. Das muss so nicht sein – vor allem dann, wenn die Realität und auch diverse Prognosen eine deutlich andere Sprache sprechen.

Österreich wächst, allerdings in den Städten und nicht im Mettnitztal. Versorgungseinrichtungen für eine alternde Gesellschaft sind notwendig und politisch legitimierbar, wo es diese gibt. Gibt es auch diese in manchen ländlichen peripheren Räumen bald nicht mehr, dann darf auch über Rückbau laut nachgedacht werden.

„Stadt und Land, reicht euch die Hand!“ Ein Leitspruch des Städte- und Gemeindebundes gewinnt an neuer Bedeutung. Geht es doch vermehrt um die Frage, wie Personen, die aus ländlichen peripheren Regionen in Städte abgewandert sind, wieder für ihre Herkunftsregionen gewonnen werden können.

Kontakthalten mit Wegzüglern

Vielleicht muss der ländliche periphere Raum auch „urbaner“ werden, um diesen Diskurs zu führen. Es bedarf einer Wertschätzung gegenüber Personen, die etwa zum Zweck einer höheren Ausbildung in die Stadt gezogen sind und dort – oft mangels alternativer Angebote der Herkunftsregion – beruflich Fuß gefasst haben. Kontakthalten mit Wegzüglern, nicht beleidigt sein, wenn jemand geht – so lässt sich das umschreiben.

Anders als in einer Agrargesellschaft wird die Zukunft mehr und mehr durch multilokale Haushaltsführungen bestimmt werden. Mehrfachwohnsitze aufgrund der Fragmentierung von Lebensbezügen mehrerer Familienmitglieder zur Ausbildung, Familiengründung und -trennung, für Karrierephasen und zur Pension werden nicht nur die Belebung des Wohnungsmarktes, sondern auch eine regionale Flexibilität bedingen.

Das Sprichwort „Geht keiner zum Wirt, dann geht er ein!“ trifft die Sache ansatzweise im Kern. Nicht wenn es um Gesundheitsinfrastruktur und (Aus-)Bildungsangelegenheiten geht, sehr wohl aber bei den Themen Hausbau, Konsum und Mobilität. Raumentwicklung sind eben wir alle.

Zum Autor

Martin Heintel (* 8. 12. 1967 in Wien) ist Professor am Institut für Geografie und Regionalforschung der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Raumentwicklung. Heintel ist Sprecher des Österreichischen Verbandes für Angewandte Geographie und absolvierte zahlreiche Gastprofessuren unter anderem in den USA (New Orleans) und dem Oman (Muscat). [Privat]

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Pizzicato

Erste Hilfe für Linz

Linz wollte unbedingt eine Medizinfakultät – und bekommt sie nun auch. Allerdings sollen Studenten aus Kostengründen die ersten beiden Jahre in Graz verbringen und dort die vorklinische Ausbildung absolvieren. Ein geniales föderales Konzept, das noch verfeinert werden soll.

Um etwas über Knochenbrüche zu lernen, müssen die Linzer Studenten nach Innsbruck gehen, um auf den Skipisten praxisnah unterrichtet zu werden. Am Salzburger Mozarteum wird alles über das Ohr gelehrt. Die Augenheilkunde wird in Wien stationiert, und zwar im Parlament. Wenn die Linzer Studenten zum ersten Mal eine Nationalratssitzung anschauen müssen, werden sie nämlich ganz schöne Augen machen. Linzer Augen also. Über Wachstumsstörungen wird im steirischen Ort Großklein doziert. Pflicht ist das Erasmus-Semester auf Mallorca, in dem die Studenten ihre Leber näher kennenlernen. In der Tiroler Gemeinde Ellbögen werden die Gliedmaßen gelehrt. Nicht so weit haben es die Studenten zum Kurs aus Sexualmedizin: Schließlich liegt Fucking nahe an Linz.

In Linz selbst findet nur die Promotionsfeier für Studenten nach ihrer Österreich-Rundfahrt statt. Aber dafür vor den Augen des stolzen oberösterreichischen Landeshauptmanns. **AICH**

E-Mails an: philipp.aichinger@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
„Die Presse“, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an:
leserbriefe@diepresse.com

Viele Nichtwähler zu den Urnen gelockt

„Eine ordinäre Führerpartei aus Glücksrittern und Querulanten“, GK von Franz Schandl, 24. 4.

Der Infokasten weist den Autor als Absolventen wissenschaftlicher Studienrichtungen der Universität Wien und Verfasser wissenschaftlicher Publikationen aus. Wissenschaftlich redlich zu agieren heißt, sich auf dem Pfad gesicherten Wissens zu bewegen. Kaum ein solches ist in vergleichbar seriöser Weise vorhanden wie amtliche Wahlergebnisse in Österreich.

Diese weisen für das Team Stronach in Kärnten exakt 11,18 und in Niederösterreich 9,84 Prozent aus. Es ist vom Standpunkt der Wissenschaftlichkeit her zumindest fragwürdig, einen Durchschnittswert aus den Wahlergebnissen zweier Bundesländer ohne Differenzierungshinweis zu kommunizieren. Wenn dieser Wert zudem schlichtweg falsch berechnet ist – er beträgt nicht zehn, sondern 10,51 Prozent – ist Kopfschütteln tatsächlich die richtige Reaktion. Alle Analysten sind sich einig, dass das Team Stronach speziell in Niederösterreich viele Nichtwähler an die Wahlurnen gelockt hat.

Wenn der Autor beklagt, dass das Team Stronach der „Wahlenthaltung“ Vorschub leistet, so ist dies eine Vermutung – und solche sind per se unwissenschaftlich. Das durch übereinstimmende Analysen gegebene „relativ gesicherte Wissen“ deutet exakt in die Gegenrichtung! Die gelungene Mobilisierung von Nichtwählern ist im Verständnis der Politikwissenschaft ein Indiz für die Belebung des demokratischen Bewusstseins.

Prof. Ernst Smole, 1080 Wien

Auch Altparteien auf den Leim gegangen

Mit Ihrer Einschätzung der politischen Landschaft in Österreich haben Sie vermutlich recht. Mir leuchtet nur nicht ein, warum Sie die Leichtgläubigkeit der Wähler und deren Masochismus nur auf die Stronach-Partei u. Ä. beschränken. Sind diese doch auch bisher in Scharen den überzogenen, hohlen Versprechungen der sogenannten Altparteien auf den Leim gegangen. Wo ist da der Unterschied? Die etwas feinere Klinge kann es doch nicht ausmachen.

Dagmar Hampel, 1130 Wien

* * *

Respekt vor denen, die Religion ernst nehmen

Die letzte Seite, „Spectrum“, 31. 12. 2011

Am Samstag, den 31. Dez. 2011 (leider bin ich extrem spät, habe aber leider das „Presse“-Exemplar verlegt und erst vor Kurzem wie-